Standesangelegenheiten.

Die Kriegsgewinnsteuer der Aerzte.

Von Dr. jur. et rer. pol. **Bruno Birnbaum**,
Steuersyndikus des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller in Berlin.

Dadurch, daß eine große Anzahl von Aerzten während des Krieges zum Militärdienst eingezogen war, mußten die zurückgebliebenen Aerzte die ersteren vertreten. Sie haben in Erfüllung ihrer Pflichten Außerordentliches geleistet und teilweise unter Aufopferung ihrer eigenen Gesundheit sich in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Daß sie naturgemäß in dem Maße der erhöhten Arbeitsleistung auch größere Einkünfte erzielt haben, ist selbstverständlich und kann ihnen nicht zum Vorwurf gemacht werden.

Es ist daher eine große Ungerechtigkeit, wenn von diesen Persönlichkeiten jetzt verlangt wird, daß sie ihre teilweise auf Kosten der eigenen Gesundheit, stets aber im Interesse der Allgemeinheit und durch starke Anspannung ihrer Arbeitskräfte erzielten Mehrgewinne in gleicher Weise wie jeder Kriegsgewinnler, der mit Leichtigkeit mehr verdiente, zur Kriegssteuer herangezogen werden sollen. Es kann nicht der Sinn und der Zweck der Kriegsgewinnsteuer sein, diese Fälle zu treffen, und dies geht aus den Begründungen zu den Entwürfen eindeutig hervor. Das Gesetz läßt aber auch die Möglichkeit offen, die durch das Normalverfahren entstehenden Härten auszugleichen, und gibt dem Steuerpflichtigen die Möglichkeit, den sogenannten Härteparagraphe für sich in Anspruch zu nehmen.

Danach können auf Antrag zur Vermeidung besonderer Härten einzelne außerordentliche Vermögensfälle von der Abgabe befreit oder eine anderweitige Berechnung des Vermögenszuwachses zugebilligt werden.

Ob im einzelnen Falle die Anwendung des Härteparagraphe gegeben ist, läßt sich nur an Hand des konkreten Tatsachenmaterials entscheiden. Nach der dem Gesetz beigegebenen Begründung wird es darauf ankommen, ob und in welchem Maße für den einzelnen Pflichtigen, unter Berücksichtigung seiner persönlichen Verhältnisse, eine Härte mit der Anwendung gegeben ist. Der gleiche Fall kann bei einem Pflichtigen die Anwendung des Härteparagraphe rechtfertigen, bei einem anderen nicht. In Zweifelfällen empfiehlt sich daher stets die Antragstellung; sie muß jedoch so erfolgen, daß alle Momente, die für die Anwendung des Härteparagraphe sprechen, in geeigneter Form zum Ausdruck kommen. Im übrigen kann auch auf Grund des allgemeinen Härteparagraphe in der Reichsabgabenordnung, nicht nur für die Vermögenszuwachssteuer, sondern auch für die anderen Steuern, insbesondere das Reichsnotopfer, der Reichsminister der Finanzen für einzelne Fälle die Steuern, deren Einziehung nach Lage der Sache unbillig wäre, ganz oder zum Teil erlassen.